

DIE LINKE.
im Europaparlament
www.dielinke-europa.eu



Gabi Zimmer
Vorsitzende der
der GUE/NGL Fraktion



Cornelia Ernst
Sprecherin der Delegation
der LINKEN



Thomas Händel
Sprecher der Delegation
der LINKEN



Jürgen Klute



Sabine Lösing



Martina Michels



Helmut Scholz



Sabine Wils



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT



Titelbild: Lorenz Krämer

Freiheit! Europa
grenzenlos denken
Die Flüchtlingspolitik der EU

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
V.i.S.d.P. Thomas Händel, Cornelia Ernst

Lampedusa, Griechenland, Bulgarien – immer wieder erreichen uns Nachrichten von Katastrophen die sich täglich an den Grenzen der EU abspielen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) geht von 20.000 Toten an den Außengrenzen der EU aus – allein in den letzten 20 Jahren.

Nach Logik des Schengen-Raums müssen die Einreisebestimmungen und Kontrollen an den EU-Außengrenzen nicht nur vereinheitlicht, sondern auch verschärft werden. Das Resultat ist eine menschenverachtende und tödliche Politik, die regelmäßig Menschenleben fordert.

Die Abschottungspolitik der EU

Das Grenzregime der EU ist ausgerichtet auf die Bekämpfung von »illegaler Migration« und schwerer Kriminalität. Die Hauptrolle spielt auf europäischer Ebene die Grenzschutzagentur FRONTEX, die den Auftrag hat, die Grenzen gegen die »illegale Migration« zu schützen und diese zu bekämpfen. Durch FRONTEX wird die Abwehr von Flüchtlingen immer stärker in die Nachbarländer der EU ausgelagert, so dass Schutzsuchende kaum noch eine Chance haben, überhaupt in Kontakt mit Behörden zu gelangen, bei denen sie einen Asylantrag stellen könnten.

Neu ist das Überwachungssystem EUROSUR, womit die elektronische Überwachung der Grenzen ausgebaut und die Daten der Kameras, Satelliten und Drohnen europaweit zusammengeführt und ausgewertet werden.

Nach der Dublin III-Verordnung ist das EU-Land für einen Asylantrag zuständig, in dem der oder die AntragstellerIn zuerst Kontakt mit den Behörden, oder den letzten legalen Aufenthalt, im Fall von regulärer Einreise, hatte.

Die Fingerabdrücke von allen Asylbewerbern werden in der Datenbank EURODAC gespeichert um zu verhindern, dass Anträge in verschiedenen Ländern gestellt werden. Aber auch Polizeibehörden haben zur Strafverfolgung Zugriff auf die Daten, neuerdings auch noch nach Bewilligung eines Asylantrages.

Das Dublin-System trägt zur Abschottung bei, weil die südlichen Mitgliedstaaten sich allein um die Asylbewerber kümmern müssen, die an ihren Grenzen ankommen.

»Hilfe« von der EU und den übrigen Mitgliedstaaten gibt es dagegen vor allem durch FRONTEX, aber auch vom Europäischen Polizeiamt (Europol).

Die EU lässt sich ihre Flüchtlingsabwehr einiges kosten. Vor allem für die südlichen Mitgliedstaaten der EU sind wegen Dublin Investitionen in Grenzzäune und Abschiebelager, sponsored by EU, »günstiger« als Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

Unsere Forderungen und Ziele:

- FRONTEX abschaffen;
- Die EU-Außengrenzen abrüsten, Seerettung wieder sicherstellen und sie im EU-Recht verankern;
- Den Einfluss der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie auf die Grenzpolitik der EU und der Mitgliedstaaten zurückdrängen;
- Zugang zu Asylverfahren sicherstellen und Abschiebungen ächten;
- Das Dublin-System muss durch ein System ersetzt werden, das zuallererst die Bedürfnisse der Flüchtlinge berücksichtigt. Das muss gleichzeitig Reise- und Bewegungsfreiheit auch für AsylbewerberInnen bedeuten;
- Die Kriminalisierung von Flüchtlingen und Migranten beenden und die Datenbanken SIS II, VIS und EURODAC beschränken;
- Insbesondere die reguläre Inhaftierung im Asylverfahren und ähnlichen Zwangsmaßnahmen EU-weit verbieten, insbesondere bei Minderjährigen;
- Mit EU-Fördergeld ein Netz von offenen Empfangszentren einrichten, in denen Flüchtlinge rechtliche, medizinische und praktische Hilfe in Anspruch nehmen können;
- Einfache und niedrigschwellige Möglichkeiten schaffen, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis statt Asyl zu erhalten. Gleichbehandlung ist bei allen Arbeitsbedingungen Grundvoraussetzung, um Ausbeutung und Dumping zu verhindern.

Im EP ist DIE LINKE. eine Stimme für die Rechte von Flüchtlingen und für eine menschliche Grenzpolitik. In engem Austausch mit Flüchtlingsverbänden und Migrationsnetzwerken versuchen wir, diesen Interessen in Brüssel Gehör zu verschaffen.

Im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres nehmen wir aktiv auf die Gesetzgebung Einfluss, womit wir oft Schlimmeres verhindern und manchmal Verbesserungen erreichen können. Gleichzeitig treten wir laut und deutlich für eine radikale Abkehr von der Abschottungspolitik ein. Damit beschränken wir uns nicht auf den parlamentarischen Betrieb, sondern sind fester Bestandteil bei Demonstration und Soli-Aktionen in Brüssel und Straßburg.